

AUSSPRACHE

Mitbestimmung — ein Schlagwort?

„Das Adjektivum demokratisch scheint erst im 19. Jahrhundert geboren worden zu sein, und es ist sehr schwer zu verdeutschen.“ Diese Formulierung ersann *Dr. Volkmar Muthesius* und veröffentlichte sie in seinem Artikel „Die Tyrannei des Schlagworts“, der Mitte Januar 1966 im *Industriekurier* erschien. Daß in der Tat eine Menge Leute hierzulande Schwierigkeiten haben, das Demokratische ins Deutsche zu übersetzen, sei unbestritten. Muthesius selbst ist dafür ein treffendes Beispiel.

So tut er denn auch die Mitbestimmung ab als ein „tyrannisches Schlagwort“, das als Staffage diene für den „Wunsch einer *politischen* Gruppe, zu Einfluß und Einkommen bei großen Wirtschaftsunternehmungen zu kommen, ohne sich hierfür durch eine ökonomische Leistung zu qualifizieren“. Muthesius meint weiter, auch die „Kontrolle der wirtschaftlichen Macht“ sei bloß ein beliebtes Schlagwort unserer Zeit, das aufgeboten werde, die Mitbestimmungsparole zu stützen. „Nimmt man hinzu“, fährt Muthesius fort, „daß die

Interessenten der Mitbestimmung auch noch die suggestive Kraft des ‚demokratischen‘ Arguments einzusetzen wissen, so haben wir es hier mit einer besonders interessanten Kombination von Schlagworten, zu tun, und in der Tat haben nur verhältnismäßig wenige Menschen die geistige Kraft und den moralischen Mut, sich der intellektuellen Lähmung zu entziehen, welche diese Kombination auszuüben vermag.“

Nun ja, es versteht sich wohl von selbst, daß Volkmar Muthesius sowohl die „geistige Kraft“ als auch den „moralischen Mut“ aufweist, die notwendig sind, um trotz der „Schlagworttyrannei“ wider die Mitbestimmung zu Felde zu ziehen.

Freilich zu den „verhältnismäßig wenigen Menschen“, zu denen sich Muthesius zählt, gehören außer ihm noch nahezu alle Unternehmer. Deren Verbandssprecher stoßen kräftig ins gleiche Hörn. Da wird von „totaler Mitbestimmung“ gesprochen, wiewohl total und Mitbestimmung einander ausschließen; auch vom „Gewerkschaftsstaat“ und von „Sozialisierung durch die Hintertür“ ist die Rede, obgleich keine Gewerkschaftsforderung bekannt wurde, die auf Vorherrschaft in den Unternehmen abzielt. An kräftigen Ausdrücken und an Mut zu äußerst gewagten Unterstellungen fehlt es diesen „verhältnismäßig wenigen Menschen“ demnach nicht, bloß an Mut zur Wahrheit.

Denn um was es den Gewerkschaften wirklich geht bei der Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung, das ist kein Geheimnis. Klipp und klar steht es im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

„Die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer muß bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen gesichert sein. Sie muß in privaten, öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen gelten. Zu ihrer Sicherung sind die betrieblichen Mitbestimmungsrechte auszubauen, sind bei allen Großunternehmen — unabhängig von ihrer Rechtsform — Aufsichtsräte zu bilden, die paritätisch aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammengesetzt sind, ist in die Vorstände und Geschäftsführungen aller Großunternehmen mindestens ein Mitglied zu berufen, das nicht gegen die Mehrheit der Stimmen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bestellt werden kann.“

Dieser Text ist eindeutig. Die Gewerkschaften streben keineswegs eine Machtfülle an, gegen die, wie Unternehmer behaupten, „jede Staatswirtschaft vermutlich harmlos wäre“. Was die Gewerkschaften als die legitimen Sprecher der Arbeitnehmer wollen, ist schlicht und einfach und ganz im Sinne des Wortes: Mitbestimmung — die Betonung liegt dabei auf dem *Mit*.

Und wenn es Dr. Volkmar Muthesius tatsächlich darum geht, wie er zum Schluß seines Aufsatzes behauptet, „die Selbstverantwortung des Individuums nicht untergehen zu lassen“, dann sollte auch er sich für die Mitbestimmung einsetzen. Denn eben um der Menschenwürde des Arbeitnehmers willen treten namhafte christliche Sozialwissenschaftler — wie beispielsweise *Neli-Breuning* und *Wallraff* — für eine demokratische Wirtschaftsverfassung ein. Es ist schon so, wie es *Ludwig Rosenberg* formulierte: „Es gibt keinen Grund, die Ausdehnung der vollen Mitbestimmung auf andere Wirtschaftszweige zu verweigern — es sei denn, die ganze Richtung paßt den Herren nicht. Dieses Argument aber ist eine Antwort auf die Gretchenfrage, wie hältst du's mit der sozialen Verpflichtung des Eigentums in unserer Zeit?“ Und *Otto Brenner* sagte kürzlich warnend: „Das allerschlimmste, was uns heute und in Zukunft passieren könnte, wäre eine unbeteiligte, passive, entpolitisierte Arbeitnehmerschaft. Eine Gesellschaft, in der die große Masse der Menschen in entscheidenden Bereichen von einer demokratischen Mitarbeit ausgeschaltet ist und wie ein Haufen Unmündiger behandelt wird, verharrt nicht nur im ewig Gestrigen, sie trägt die Keime des Untergangs in sich.“

Günther Heyder